

Marschhalt bei Prioris

Das Glasfaserprojekt wird vorläufig gestoppt: Die Zusammenarbeit mit dem ausländischen Partner ist gescheitert.

Federico Gagliano

Das Projekt Prioris muss erneut eine Niederlage einstecken: Nachdem mit Willisau die grösste Gemeinde aus dem Projekt ausgestiegen ist, scheitert nun vorerst die Zusammenarbeit mit dem ausländischen Partner, hiess es an einer Pressekonferenz am Dienstagvormittag. Die Gemeinden der Region Luzern West müssen deshalb länger auf ihren Glasfaseranschluss warten.

Ein neuer Gesellschafter des Partnerunternehmens habe den Markteintritt in die Schweiz blockiert. Da die ersten Gemeinden im November darüber abstimmen müssten, ob sie das Glasfaserprojekt finanziell unterstützen, hat sich der Steuerungsausschuss für einen Marschhalt entschieden. Sie empfehlen den 17 betroffenen Gemeinden, die Abstimmungen abzusetzen. Zwei weitere Gemeinden haben die Abstimmungen bereits auf nächstes Jahr verlegt.

Abstimmungen erst im Frühling

Weshalb der Gesellschafter das Projekt aufhält, ist nicht bekannt. Der Prioris-Steuerungsausschuss wurde laut eigenen Angaben einen Tag vor der Bekanntgabe des Partners, am 11. Oktober, informiert, dass er «die Verträge nicht in ihrer bisherigen Rechtsform antreten kann.» Der Name des Partners darf Prioris noch nicht nennen, allerdings ist dessen Herkunftsland jetzt bekannt: Österreich.

Der Partner habe Prioris angeboten, mit verschiedenen bisherigen Gesellschaftern eine neue Aktiengesellschaft in der Schweiz zu gründen und die ausgehandelten Verträge zu übernehmen. Die letzten 20 Tage sei



Der Glasfaserausbau in der Region Luzern West verzögert sich.

Bild: Severin Bigler

frenetisch an einer Lösung gearbeitet worden: «Am Schluss ist uns die Zeit davon gelaufen», sagt Prioris-Vizepräsidentin Sandra Cellarius. Deshalb habe man sich für den Marschhalt entschieden. Die Abstimmungen sollen nun im Frühling nächsten Jahres angegangen werden.

Ob die Arbeit mit dem österreichischen Partner weitergeführt wird, ist noch offen. «Wir haben etwas Vertrauen verloren», sagt Cellarius, «das muss wieder aufgebaut werden.» Der Partner habe aber verlockende Konditionen: Von

«Unser Ziel bleibt unverändert. Prioris wird weitergehen, in welcher Art auch immer.»

Franzsepp Erni
Präsident
Steuerungsausschuss Prioris

den für den Ausbau nötigen 150 Millionen Franken müssten die Gemeinden nur 7 Millionen übernehmen. Ein kleiner Teil würde auch von den Eigentümerinnen und Eigentümern getragen. «Das volle Kostenrisiko läge aber beim Partner, falls es teuer wird», sagt Prioris-Präsident Franzsepp Erni. Die Verträge seien bereit, aber noch nicht unterzeichnet.

«Unser Ziel bleibt unverändert»

Ein anderer potenzieller Partner, mit dem die Verhandlungen bisher nicht klappen, ist die

Swisscom. Im Sommer seien die Gespräche ergebnislos eingefroren. Die Türen seien aber auf beiden Seiten noch offen, sagt Erni. Ein Streitpunkt bleibt, dass abgelegene Orte von der Swisscom nicht erschlossen werden. Die angebotenen Alternativen über Mobilfunk oder Satellit würden nicht die gleiche Leistung wie Glasfaser erbringen und seien weniger stabil, bemängelt Prioris.

Erst kürzlich hatte der Leiter des Netzausbaus, Markus Reber, Stellung zu den Vorwürfen genommen, ihr eigener Ausbau würde Prioris sabotieren. Auch er bekräftigte, dass die Swisscom nach wie vor gesprächsbereit sei. Insbesondere gleiche Vertragsbedingungen für Gemeinden, die zusätzliche Glasfasererschliessung ausserhalb des Swisscom-Ausbaubereiches wünschen, seien für den Telekommunikationsanbieter wichtig.

Zu den Vorwürfen, andere Erschliessungstechnologien seien weniger stabil, sagt die Swisscom auf Anfrage: «Die Zielwerte für die Qualität in der Grundversorgung sind vom Bakom in technisch-administrativen Vorschriften festgelegt worden, basierend auf Bestimmungen in der Fernmeldedienstverordnung. Swisscom hat die Vorgaben der Behörden stets erfüllt und muss dies jährlich jeweils in einem ausführlichen Bericht ans Bakom belegen.»

Ob die Gespräche zwischen Prioris und Swisscom wieder aufgenommen werden, ist noch nicht klar. Nun wolle der Steuerungsausschuss sich erst neu sammeln und das weitere Vorgehen überprüfen, sagt Franzsepp Erni. «Unser Ziel bleibt unverändert. Prioris wird weitergehen, in welcher Art auch immer.»

Pferde brennen durch – verletzter Kutscher im Spital

Halloween Im Kanton Luzern ist es am 31. Oktober zu mehreren Unfällen gekommen. Zwei Pferde brannten in Hitzkirch mit einer Kutsche durch, ein mitgeschleifter Kutscher wurde dabei verletzt. Das Pferdegespann war um 15 Uhr in Altwis (Gemeinde Hitzkirch) im Einsatz, um Obstkisten zu transportieren. Aus unbekanntem Grund erschrecken die eingespannten Pferde und brannten durch, teilt die Luzerner Polizei mit. Zwei Personen konnten vom Wagen springen. Der Kutscher wurde mitgeschleift und verletzt. Er wurde vom Rettungsdienst 144 ins Spital gebracht.

Auf der Dorfstrasse (Verzweigung Wilihöferstrasse) kam es in Winikon am selben Dienstagnachmittag zu einer Kollision zwischen zwei Autos (kleines Bild). Verletzt wurde niemand. Der Gesamtsachschaden liegt bei rund 13 000 Franken.



Umgeknickte Verkehrstafeln in Winikon. Bild: Luzerner Polizei

Auf der Kantonsstrasse in Nottwil ereignete sich am selben Dienstag gegen 18.15 Uhr ein Verkehrsunfall, bei welchem ein Velofahrer verletzt wurde. Dieser wurde von einem Autofahrer übersehen und angefahren. Der Verletzte wurde mit der Ambulanz ins Spital überführt. (zfo)

«Zentren sollen Orte zum Leben sein»

Die Grünen wollen mit ihrer Initiative «Attraktive Zentren» einen Paradigmenwechsel im Strassenbau einleiten.

Dominik Jordan

Die Abstimmungen vom 26. November im Kanton Luzern stehen ganz im Zeichen des Verkehrs. Die Stimmbevölkerung befindet sich dann über die Anti-Stau-Initiative der Jungen SVP sowie den Gegenvorschlag dazu und über die Initiative «Attraktive Zentren» der Grünen. Die Öko-Partei lud am Dienstag zu einer Medienkonferenz nach Ebikon, wo sie ihre Argumente für das Volksbegehren darlegte.

Der Inhalt der Initiative ist schnell beschrieben. Konkret wollen die Grünen das Luzerner Strassengesetz um einen Satz ergänzen: «Ortsdurchfahrten sind siedlungsverträglich zu gestalten.» Siedlungsverträglich bedeute, dass «Strassen für die umliegenden Siedlungen verträglich sein müssen», sagte dazu Korintha Bärtsch, Fraktionschefin der Grünen. Das sei auch auf stark frequentierten Strassen möglich. Man wolle ein

positives Bild des Kantons vermitteln, heute werde eher grau gedacht, so Bärtsch weiter.

Sicherheit erhöhen

Als Beispiel nannte sie die Ortsdurchfahrt in Schüpfheim. «Es gibt keine Begrünung, keine Sitzgelegenheiten, keinen Platz für Velos.» Ziel sei, die Aufenthaltsqualität und Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden in den Ortszentren zu erhöhen. Neben den Grünen unterstützen auch SP und GLP sowie verschiedene Organisationen die Initiative. Eine davon ist der WWF Luzern. Dessen Geschäftsführerin Tamara Diethelm sagte: «In Siedlungen gibt es eine überraschend hohe Biodiversität.» Durch Versiegelung würden Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten «zerstört und zerstückelt».

Marta Lehmann, VCS-Luzern-Vorstandsmitglied und SP-Grossstadträtin, sagte: «Es ist höchste Zeit, dass die Gemein-

dezentren im Kanton Luzern attraktiver gestaltet werden.» Heute seien die Zentren «grau und unsicher». Zudem verstärke der Strassenlärm den Stress der Bevölkerung, was gesundheitsschädigend sei. «Mit der Initiative wird die Mobilität für alle verbessert.»



Weibeln in Ebikon für «Attraktive Zentren», von links: Tamara Diethelm (WWF), Korintha Bärtsch (Grüne), Julian Gerber (Junge Grüne), Marta Lehmann (VCS, SP), Markus Aregger (Grüne Ebikon) und Andrés Özvegyi (GLP). Bild: Dominik Jordan (Ebikon, 31. 10. 2023)

Julian Gerber, Co-Präsident der Jungen Grünen, nannte sich einen «Vertreter der nächsten Generation».

Gleichgewicht der Verkehrsarten

Die Zentren müssten sich an den Klimawandel anpassen.

«2080 gibt es doppelt so viele Hitzetage wie heute.» Die Zentren seien zurzeit vor allem für Autos gebaut. Mit Entsiegelungen und Pflanzen könnte man die «Temperaturen deutlich senken». Zudem: «Die Zentren sollen Orte zum Leben sein anstatt Orte zum Durchfahren.»

András Özvegyi, Verkehrsexperte und ehemaliger GLP-Kantonsrat, betonte, heute gäbe es keine Gesetzesgrundlage dafür, wie Ortsdurchfahrten geplant werden sollen. Heute sollen nach dem Prinzip des Miteinanders gestaltet werden. «Es brauche ein Gleichgewicht zwischen motorisiertem und übrigen Verkehr. «Auch das Gewerbe profitiert von attraktiven Zentren», so Özvegyi.

Mehr Gestaltungsspielraum für Gemeinden

Kantons- und Regierungsrat lehnen die Initiative ab. Der zuständige Regierungsrat Fa-

bian Peter (FDP) sagte vergangene Woche, der Kanton plane seine Strassen schon heute ganzheitlich. Korintha Bärtsch, sagte dazu: «In der Vergangenheit sehen wir diese Beispiele nicht. Es braucht den zusätzlichen Gesetzesartikel, damit nicht nur versprochen, sondern gemacht wird.»

Die Gegner kritisieren zudem, die Grünen-Initiative sei ein Eingriff in die Gemeindeautonomie. Dazu sagte Markus Aregger, Co-Präsident der Grünen Ebikon: «Bisher wurde die Gemeindeautonomie durch den Kanton beschnitten.» Er wies darauf hin, dass sämtliche Ortsparteien auf der Durchgangsstrasse Tempo 50 forderten, der Kanton aber lange auf Tempo 60 beharrte. Auch Bärtsch betonte, es gebe zahlreiche Gemeinden, die Verkehrsberuhigungen in ihren Zentren realisieren wollten, vom Kanton aber verdrängt würden. «Der Kanton soll auf die Gemeinden hören.»